Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 334. **Donnerstag** den 29. November 1888. **82. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Mit Zustimmung der Stadtverordneten haben wir beschlossen, den Satz unter B I des Tarifs zur Lagerhausordnung vom 31. März 1853 — Arbeitsleistungen für trockene Waaren mit Ausnahme von Getreide, Rapssaat und Heringen — von 5 ₰ auf 6 ₰ für 50 kg zu erhöhen, was vom Königlichen Ministerium des Innern im Einverständnisse mit dem Königlichen Finanzministerium laut an die Königliche Kreishauptmannschaft ergangener, mittelst Beschlusses derselben vom 15. October d. J. uns zugefertigter Verordnung vom 8. desselben Monats genehmigt worden ist.

Wir bringen dies hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die gedachte Tariferhöhung vom 1. December d. J. ab in Kraft treten soll.

Leipzig, den 27. November 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Heutschel.

Bekanntmachung.

Unter Aufhebung unserer Bekanntmachung vom 6. Juli dieses Jahres,

die Beförderung von
Schlachtvieh
im hiesigen Stadtbezirk betreffend,

verfügen wir hierdurch, daß Bullen, Ochsen, Kühe, Jungvieh, Kälber und Schweine überhaupt nicht mehr durch die Stadt getrieben, sondern nur **auf Fuhrwerk** befördert werden dürfen, gleichviel, ob dieselben dem Zwecke der Schlachtung in hiesiger Stadt zu dienen bestimmt sind oder nicht.

Das Treiben von Ziegen und Schaafvieh bleibt auch jetzt noch gestattet.

Zuwiderhandlungen werden unnachsichtlich und, soweit nicht nach allgemeinen Strafgesetzen eine höhere Strafe einzutreten hat, in der Weise geahndet werden, daß dem Betreffenden für **jedes einzelne** der entgegen dieser Vorschrift getriebenen Thiere eine Geldstrafe **von 5—60 Mark,** bez. entsprechende Haft in Anrechnung gebracht wird.

Gegenwärtige Bekanntmachung tritt mit dem 1. December dieses Jahres in Kraft.

Leipzig, den 27. November 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Wiesenverpachtung.

Folgende der Stadtgemeinde gehörige **Wiesen** in der Flur Leipzig bez. Connewitz

1) **Parthenwiese,** Parcelle Nr. 2781 des Flurbuchs, neben und hinter dem Gothischen Bad von 45,57 Ar = 247 □R.,
2) **Abtheilung 6** des s. g. **Eilenburger Nodelands** an dem von der Lindenauer Chaussee nach der Heiligen Brücke führenden Fahrwege von 2 Hektar 76,71 Ar = 5 Acker,
3) s. g. **Schönefelder Wiese** am Nonnenweg von 2 Hektar 2,21 Ar = 3 Acker 196 □R.,
4) die **Vorländer** und **Dämme** auf **beiden Ufern** des **Pleißenflußbettes oberhalb** der Brücke auf dem Schleußiger Wege von 1 Hektar 74,7 Ar = 3 Acker 47 □R.,
5) **desgleichen** auf dem **linken Ufer** des **Pleißenflußbettes unterhalb** obiger Brücke und auf dem **rechten Ufer** der **Paußnitzflußrinne unterhalb** der Flußbrücke auf dem nämlichen Wege von zusammen 1 Hektar 42,5 Ar = 2 Acker 172 □R.,
6) **Vorland** und **Damm** auf dem **linken Ufer** der **Paußnitzflußrinne** ebenfalls **unterhalb** der Flußbrücke bis an die Grenze der Abtheilung K der Heiligen Wiesen von 93,8 Ar = 1 Acker 208 □R.,
7) die **Vorländer** und **Dämme** auf **beiden Ufern** der **Paußnitzflußrinne oberhalb** der Flußbrücke **einschließlich** des **Stückes Elsterflußrinne** bis an den Connewitzer Linienweg von 1 Hektar 29,0 Ar = 2 Acker 99 □R.

Flächengehalt sollen zur Gras-, Heu- und Grummetnutzung, mit Ausschluß jeder anderen Benutzungsweise, auf die **zehn Jahre 1889 bis mit 1898**

Dienstag, den 4. December d. J.,
Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, an die Meistbietenden **verpachtet** werden.

Die Versteigerungs- und Verpachtungsbedingungen, sowie die betr. Situationspläne liegen in der Expedition unserer Oekonomie-Inspection, Johannisplatz Nr. 9, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 21. November 1888.
Ib. 4560. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Cerutti

Ausschreibung.

Der Verkauf der zum Abbruch bestimmten Baulichkeiten des alten Forsthauses Burgaue soll im Wege des **schriftlichen Angebotes** erfolgen.

In den Angeboten ist die zu bietende Summe in Zahlen und in Buchstaben, auch die volle Namensunterschrift, sowie die genaue Wohnung des Bieters anzugeben.

Die Angebote sind in verschlossenem Umschlag **bis zum 13. December d. J. Nachmittags 5 Uhr** bei der Hochbauverwaltung unseres Bauamts (Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 5) mit der Aufschrift:

„Abbruch des alten Forsthauses Burgaue betr."

einzureichen, auch können ebendaselbst während der Geschäftsstunden die Abbruchsbedingungen eingesehen, bez. gegen Erlegung von 1 ℳ Schreibgebühr entnommen werden.

Die Bieter bleiben bis zum 15. December d. J. an ihre Offerten gebunden.

Die Auswahl unter den Angeboten, sowie die Ablehnung aller Angebote behalten wir uns vor.

Die Besichtigung der Baulichkeiten kann am 2. und 3. December d. J. Vormittags von 8 bis 11 und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr erfolgen.

Leipzig, den 20. November 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 4438/1468. Dr. Georgi. Sitz.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen** Bedingungen.
Leipzig, den 14. Januar 1888.
Die Sparcassen-Deputation.

Bekanntmachung.

Zur Beaufsichtigung der Privatbauten in hiesiger Stadt und zur Unterstützung des Baupolizeicommissars bei der Begutachtung der Pläne für diese Bauten soll für unsere Baupolizeiabtheilung ein erfahrener Bautechniker, welcher mindestens die staatliche Meisterprüfung bestanden hat, mit einem jährlichen Gehalt von 3000 ℳ vom 1. Januar kfgs. Js.

als **I. Baukontrolör** angestellt und vom gleichen Zeitpunkt ab ein ebenso befähigter **Bautechniker** zur Beihülfe bei der Beaufsichtigung der Privatbauten mit 175 ℳ Tagegelder für den Monat als **III. Baukontrolör** angenommen werden.

Bewerber wollen ihre Gesuche unter Beigabe von Zeugnissen bis zum **15. December** dies. Js.

bei uns anbringen.

Chemnitz, den 27. November 1888.

Der Rath der Stadt Chemnitz.
André, Oberbürgermeister. Wilde

Nichtamtlicher Theil.

Die Berathung des Reichshaushalts.

Wie sich die Zeiten geändert haben, läßt sich aus der Wirkung erkennen, welche die vorgestrige Rede des Abgeordneten Richter erzielt hat im Vergleich mit seinen früheren Reden zur Einleitung der Etatsberathung. Herr Richter ist anerkanntermaßen ein tüchtiger Sachverständiger in Finanzfragen, er beherrscht das Material, aus welchem sich der Etat zusammensetzt, vielleicht besser als irgend ein anderer Abgeordneter und hat die Entwickelungsphasen der Steuer- und Wirthschaftspolitik in bewunderungswürdiger Weise zur steten Verwendung für seine Zwecke gegenwärtig, aber damit ist die Bedeutung Eugen Richter's als Finanzpolitiker auch erschöpfend gewürdigt. Er steht nicht auf dem Standpuncte, daß er die Finanzlage und die Finanzwirthschaft nach den Reichs- oder Staatsbedürfnissen beurtheilt, sondern ihm genügt es, nachzuweisen oder doch die Meinung zu erwecken, daß ein Theil des Volkes darunter leidet und zum Vortheil eines anderen Theiles benachtheiligt wird. Herr Eugen Richter hat die schwere Beschuldigung ausgesprochen, daß die deutsche Steuerpolitik darauf beruht, Denen, die etwas haben, etwas zu geben, den Besitzlosen aber Das, was sie haben, zu nehmen. Zum Beweise dieser Behauptung hat er die Branntweinsteuer und die Getreidezölle angeführt, aber die Zuhörer hat er durch seine Auseinandersetzungen so wenig überzeugt, wie die ferner Stehenden. Die erste Frage in Steuer- und Wirthschaftsfragen muß stets die sein, ob die Gesammtwohlfahrt dadurch geschützt oder geschädigt wird, und diese Frage kann nur dahin beantwortet werden, daß Bundesrath und Reichstag nach bestem Wissen und Gewissen die vorhandenen Wege gesucht und gefunden haben, um die Reichsbedürfnisse zu prüfen. Ob es nicht noch bessere und wirksamere Mittel für diesen Zweck giebt, ist eine offene Frage, die aber nicht allein theoretisch und kritisch und vom Parteistandpuncte aus gelöst werden kann, sondern nur thatsächlich und praktisch, und so lange Herr Richter nicht in der Lage ist, die in dieser Beziehung entgegenstehenden Hindernisse hinwegzuräumen, sollte er auch weniger schroff mit seiner Kritik hervortreten. Die öffentliche Meinung in Deutschland hat sich bisher noch nicht dafür entschieden, daß die Leitung der Reichsfinanzverwaltung Herrn Richter zu übertragen sei, und das wäre doch die Voraussetzung zum Erweise dessen, daß Herr Richter im Besitz des besten Mittels ist, um der Noth unserer Zeit ein Ende zu bereiten. Herr Richter bezeichnete es als die Signatur unserer Zeit, daß eine Partei in steter Vermehrung begriffen ist, welche es überhaupt nicht mehr für möglich hält, auf der Grundlage der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung zu einer Besserung unserer Zustände zu gelangen, und ließ durchblicken, daß die deutschfreisinnige Partei das wirksamste Gegengewicht gegen jene Partei bilde. Die Richter'sche Staatsweisheit würde danach darin bestehen, die socialdemokratische Partei dadurch zufrieden zu stellen, daß man sie frei gewähren läßt und es ihr anheimstellt, auf welche Weise sie den geplanten gesellschaftlichen und politischen Umsturz des Bestehenden ins Werk setzen will. Er nennt die Beseitigung der Getreidezölle ein natürliches Recht der Arbeiter, und bekanntlich ist die deutschfreisinnige Partei die entschiedenste Gegnerin des Socialistengesetzes und der socialpolitischen Gesetzgebung. Herrn Richter gilt die Aufhebung der Getreidezölle mehr als die Alters- und Invalidenversicherung, und er faßt sein Urtheil über die Regierungspolitik in die Worte zusammen: „Man kann nur darüber zweifelhaft sein, ob verkehrte positive Gesetze der Regierung oder verkehrte Repressivmaßregeln mehr zum Anwachsen der socialdemokratischen Partei beigetragen haben." Herr Richter ist also der Meinung, daß die Socialdemokratie am leichtesten unschädlich zu machen wäre, wenn man an Stelle der gegenwärtigen Reichspolitik eine Politik nach dem Wunsche der Herren Richter, Traeger und Genossen setzte. Glücklicherweise liegen die Verhältnisse so, daß wir vor einem so gefährlichen Experiment bewahrt bleiben und daß die Grundlagen, auf welchen das deutsche Reich ruht, fest und unerschütterlich sind.

Es ist eine alte, schon im Alterthum befolgte Regel, daß Redner, welche durch ihre Worte eine große Wirkung erzielen wollen, mit einer Einleitung beginnen, die geeignet erscheint, ihnen das Wohlwollen der Hörer zu sichern. Die Römer nannten diese Einleitung captatio benevolentiae. Herr Richter verschmäht solche Mittel, denn er hat seine vorgestrige Rede mit Angriffen auf unsere Marine und auf unsere Colonien, also auf zwei Einrichtungen begonnen, welche dem deutschen Volke vorzugsweise am Herzen liegen. Er hat aus der Denkschrift über die Marine den Eindruck gewonnen, als ob nur noch 6 oder 7 deutsche Kriegsschiffe tauglich seien und als ob sie im Uebrigen aus altem Holz bestünden. Dieser Eindruck ist ein rein persönlicher, vom Verfasser der Denkschrift aber gewiß nicht beabsichtigt worden. Was er und mit ihm der Chef der Admiralität wollte, war offenbar nur, die Marine als verbesserungsfähig und -bedürftig zu bezeichnen und die in dieser Beziehung gemachten Vorschläge zu begründen. Die Verhandlungen über die Marinevorlage gehören ihrer Natur nach nicht in den Reichstag, sondern in den Ausschuß, welcher mit ihrer Prüfung beauftragt wird, die dabei in Betracht kommenden Gesichtspuncte sind heikler Natur, und es erscheint uns patriotisch, sie nicht aus vollem Halse der Oeffentlichkeit und dem Auslande entgegenzurufen. Herr Richter weiß ebenso gut wie jeder Andere, welcher die deutschen Angelegenheiten mit Aufmerksamkeit beobachtet, daß sich in neuester Zeit in der Marine bedeutungsvolle Veränderungen vollzogen haben. An der Spitze steht nicht mehr ein General, sondern ein Fachmann, und daß der die ganze Sachlage mit anderen Augen ansehen muß, ist offenkundig. Der Flottengründungsplan, nach welchem bisher verfahren worden ist, liegt seiner Entstehungszeit noch weit zurück. Damals war die durchschlagende Wichtigkeit des Torpedowesens für die Zukunft des Seekrieges noch nicht erkannt, wir hatten noch keine überseeischen Schutzgebiete, es ist also ganz natürlich, daß heute ganz andere und wesentlich höhere Anforderungen an die Leistungsfähigkeit unserer Marine gestellt werden müssen als vor zehn Jahren.

Herr Richter hat auch die deutsche Colonialpolitik mit wenigen niederschmetternden Worten abgethan. Er sagt: „Der deutsche Unternehmungsgeist hat nicht gewartet auf das Aufhissen der deutschen Flagge in den Schutzgebieten, er hat schon vorher den ganzen Erdkreis umspannt. Was ist gegenüber den Leistungen der deutschen Rhederei und des deutschen Handels das Wenige, was in den deutschen Schutzgebieten erreicht worden kann? Was wir dort erreichen, ist immer nur Spielerei!" Wenn dem wirklich so wäre, wie kommt es denn, daß gerade die Hauptvertreter der deutschen Rhederei und des überseeischen Handels seit einer Reihe von Jahren bei der Reichsregierung um Gewährung von Schutz für ihre Handelsniederlassungen gebeten haben, und daß dieser Schutz erst nach reiflicher Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse gewährt worden ist? Wie kommt es ferner, daß die erste Colonialmacht der Welt, England, die Colonialpolitik Deutschlands von Anbeginn an mit Mißtrauen und Uebelwollen betrachtet hat, weil diese Macht eine Beeinträchtigung der eigenen Interessen und ihrer bisherigen Alleinherrschaft zur See davon befürchtet? Herr Richter könnte vielleicht die Sache doch von einem einseitigen Parteistandpuncte aus betrachten und durch diese Art der Beurtheilung gänzlich irregeleitet worden sein.

*

Leipzig, 29. November.

* **Im Etat der Reichsdruckerei** ist die Einnahme auf 4 422 000 ℳ, d. h. 197 000 ℳ mehr als im Vorjahre veranschlagt worden. Bei den Ausgaben ist neu eingesetzt eine Summe von 5700 ℳ für den Vorsteher der Graviranstalt. Bei der Wichtigkeit der Arbeiten, welche dieser Abtheilung obliegen und zu denen insbesondere auch die Anfertigung der Formen zur Herstellung der Wasserzeichen, der Stich der Platten zu den Reichscassenscheinen und Banknoten, sowie zu den Post-, Stempel- und sonstigen Werthzeichen gehört, ist es nothwendig, zur Leitung eine geeignete Kraft dauernd zu gewinnen. Dies ist nur zu erreichen, wenn dem Vorsteher eine Beamtenstellung mit unbedingter Ruhegehaltsberechtigung und mit einem seinen Leistungen und seiner Verantwortlichkeit entsprechenden Diensteinkommen gesichert wird. Die sonstigen fortlaufenden Mehrausgaben stehen im Zusammenhang mit dem vermehrten Betriebe. Unter den einmaligen Ausgaben werden gefordert 24 000 ℳ zur Anlage der elektrischen Beleuchtung und 695 000 ℳ zum Ankauf mehrerer an das Grundstück der Reichsdruckerei anstoßenden Grundstücke der Alten Jacobsstraße, welche zur Vergrößerung der nicht mehr ausreichenden Räume benutzt werden sollen.

* **Im Generalstabe** sind wieder eine Anzahl Veränderungen eingetreten. Major Freiherr von Gadl vom 1. Garde-Regiment ist unter Beförderung zum Oberstlieutenant zum Chef des Generalstabes des I. Armeecorps ernannt; der bisherige Chef des Stabes Oberst von Stülpnagel hat das Commando eines Regiments erhalten.

* Ueber das mehrfach genannte Wochenblatt „Schwarz-Gelb" wird der „Kölnischen Zeitung" aus Wien geschrieben:

Seit Kurzem erscheint im Vororte Währing ein Wochenblatt „Schwarz-Gelb", welchem es gelungen ist, die Augen Europas auf sich zu lenken, während es hier in Wien in den weitesten Kreisen völlig unbekannt blieb. Allerdings laufen auch im Publicum allerlei falsche Gerüchte über tiefe Störungen des österreichisch-deutschen Bündnisses um. Längst schon haben Preßzunen, welche annähernd das zwischen den Zeilen lesen lassen, was „Schwarz-Gelb" geradeaus sagt, sich dadurch Wichtigkeit gegeben und Geld verschafft, daß sie sich hoher Gunst rühmten. Leichtgläubige vermuthen denn auch sogleich, daß „Schwarz-Gelb" aus denselben Quellen gespeist werde und daß man die Zeit für gekommen erachte, mit offener Bekämpfung der Bündnißpolitik zu beginnen. Es war daher, wenngleich überflüssig für Verständige, doch immerhin nützlich, daß heute das Fremdenblatt spottend hervorhebt, „Schwarz-Gelb" habe von österreichischen Autoritäten nur mit dem Staatsanwalt zu schaffen, welcher den von deutschen Blättern so übel vermerkten Artikel gegen das Bündniß mit Beschlag belegte. Das Fremdenblatt deutet außerdem an, daß „Schwarz-Gelb" zu dem „Dojewnik Warschawsky" in Beziehungen stehe. In der That ist der Herausgeber Heinrich Berezniz, für welchen sein Sohn als Herausgeber zeichnet, der hiesige Berichterstatter des „Dojewnik Warschawsky". Er gab früher den „Osten" heraus, ein slawistisch-offiziöses Blatt, und war eine Zeit lang Eigenthümer der „Morgenpost", mit welcher er völlig zu Grunde ging. Als vor einiger Zeit der „Dojewnik Warschawsky" behauptete, die Petersburger Briefe der „Politischen Correspondenz" würden am Ballplatze angefertigt, brachte die „Politische Correspondenz" in ihrer Nummer vom 10. September eine scharfe Abfertigung des Herrn Berezniz, in welcher es hieß: „Dieser Ehrenmann aus dem „Osten", der lange die Treppen in den Ministerien des Innern und des Aeußern abgelaufen hat, meldet seit einiger Zeit diese Ministerien, nicht aus feinen Stücken." Man mag hieraus mit einiger Beruhigung ersehen, daß die Geldquellen des Herrn Berezniz aller Wahrscheinlichkeit nach panslawistische, nicht aber österreichische sind.

* Die **Pester Handelskammer** unterzog die politische Thätigkeit und die Ungarn feindliche Haltung ihres Secretairs **Steinacker,** welcher sich am 23. d. M. im Abgeordnetenhause bei der Berathung über die Nationalitätenfrage wiederholte Ordnungsrufe zugezogen hatte, einer strengen Prüfung. Da Steinacker hierbei einräumte, daß sein Verhalten Tadel verdiene und feierlich erklärte, daß er ein rückhaltsloser Anhänger des ungarischen Staates sei und in Zukunft sich jeder Thätigkeit und Aeußerung, welche der öffentlichen Meinung und den Intentionen der Handelskammer widerspräche, enthalten werde, so wurde dem Antrage, Steinacker seines Postens als Secretair der Handelskammer zu entheben, keine Folge gegeben und Steinacker nur eine Rüge ertheilt. Die Blätter sprechen sich über dieses Vorgehen der Handelskammer zustimmend und anerkennend aus.

* Mit Bezug auf einen Artikel des „Grazdanin" über die **Lage der Balkanhalbinsel** schreibt man der „Kölnischen Zeitung" über die **deutsche Orientpolitik:**

Der vom „Grazdanin" behandelte Gedanke, daß sich Rußland und Oesterreich in ihren Einflußsphären auf der Balkanhalbinsel theilen müßten, ist nicht nur einmal von „dem Grafen Bismarck mehreren hochgestellten Persönlichkeiten gegenüber geäußert worden", sondern er bildet seit Jahren und noch heute das amtliche Programm der deutschen Politik, soweit letztere sich überhaupt um die Balkanhalbinsel bekümmert. Das russische Blatt überschätzt nur das Maß dieses Bekümmerns. Bulgarien bleibt uns immer noch „Hekuba". Wenn Deutschland allerdings über eine billige Lösung der Balkanverhältnisse gelangt würde, so würde es ohne Zweifel eine Verständigung dahin empfehlen, daß Serbien innerhalb der österreichischen und Bulgarien innerhalb der russischen Einflußsphäre belassen werden. Diesen Rath hatte Deutschland auch bereits seit etwa einem Jahrzehnt der russischen und der österreichischen Regierung ertheilt, bei keiner von beiden aber Anklang damit gefunden. Noch heute gilt diese Lösung bei den entscheidenden Politikern für eine vernünftige. Dieselbe einem der beiden Betheiligten aufzuzwingen, liegt aber der deutschen Politik fern. Deutschland würde es gern sehen, wenn Rußland und Oesterreich sich mit einander verständigten, kann es aber auch ruhig mit ansehen, wenn das nicht geschieht.

* In den letzten Tagen sind (so wird aus Brüssel gemeldet) neue Enthüllungen über die von jüdischen Beamten mittelst gefälschter Brüsseler Stadtloose verübten Betrügereien an das Tageslicht getreten, welche eine geradezu beispiellose Mißwirthschaft in der Brüsseler Stadtverwaltung aufgedeckt haben. Zuerst hieß es, es seien 32 625 Fr. unterschlagen, dann deckte die eingeleitete Untersuchung 120 000 Fr. an Unterschlagungen auf; jetzt erscheint ein Bericht des die Untersuchung leitenden Finanzausschusses, der bei den letzten vier Anleihen 236 502 Fr. als unterschlagen findet, aber gleichzeitig ankündigt, daß, da noch lange nicht alle Obligationen geprüft sind, die ganze Spitzbüberei noch nicht festgestellt werden kann; sie werde aber die genannte Summe weit übersteigen. Dieses Verstecken hatte keinen Erfolg, denn, nachdem eine Brüsseler Zeitung verrathen hatte, daß die Unterschlagung mehr als 1 200 000 Francs betragen, gesteht man städtischerseits ein, daß die Stadt durch zwei Mal gezahlte Zinscoupons allein um 1 000 000 Francs betrogen worden ist. Da hierzu noch die doppelt gezahlten Gewinne kommen, so kann man sich den Umfang der Betrügereien ausmalen. Aus alledem folgt, ganz abgesehen von dem der Stadt selbst erwachsenen Verlust, daß bei den im vorigen Jahre erfolgten Hunderten Loosziehungen die inländischen und ausländischen Loosinhaber, da die Beamten mittels gefälschter Loose Gewinne erhoben, schwer geschädigt worden sind. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Mißwirthschaft den Credit der Stadt, so sehr man sich auch beeifert, alle Schuld auf Todte abzuwälzen, untergraben muß.

* Die Wahl **Boulanger's** im Departement du Nord wurde in der Sitzung der französischen Deputirtenkammer vom Dienstag für giltig erklärt. — Einem Theile der Sitzung wohnte Wilson bei. — In einer Versammlung des „Grand Orient" wurde beschlossen, an der Kundgebung am 2. December am Grabe Baudin's theilzunehmen. — Weiter wird aus Paris gemeldet: Die Berathung des Finanzbudgets wurde am Dienstag in der Kammer beendigt und alsdann beschlossen, von Freitag an alle Tage Sitzungen abzuhalten. Der Präsident Meline erklärte, er habe ein Gesuch zum gerichtlichen Vorgehen gegen einen Deputirten erhalten. Die Sitzung wird darauf geschlossen. — Boulanger wird seine Mandate als Deputirter der Somme und der Charente inférieure niederlegen und nur das im Departement du Nord behalten. Wie verlautet, wird der Graf Dillon im Departement der Somme candidiren.

* Den **spanischen Cortes** wird sofort nach ihrem bevorstehenden Zusammentritt ein von Moret, dem Minister des Innern, ausgearbeiteter Gesetzentwurf über die Wiedereinführung des allgemeinen Stimmrechts vorgelegt werden. Nach diesem Entwurf wird das Stimmrecht jedem Spanier ertheilt, der 23 Jahre alt ist und zwei Jahre lang einen festen Wohnsitz in einer Gemeinde gehabt hat. Ausgeschlossen von den Wahlen sind gänzlich Arme, welche Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln erhalten, ferner Soldaten und zu entehrenden Strafen Verurtheilte. Die Wahl geschieht nach Listen und ist eine indirecte; für die Vertretung der Minderheit werden 40 Abgeordnetensitze freigehalten.

Marine.

* **Berlin,** 26. November. Das **Schulgeschwader,** bestehend aus S. M. S. „Stosch" (Flaggschiff), „Moltke", „Gneisenau" und „Charlotte", Geschwaderchef Contreadmiral Hollmann, ist am 25. November c. in Castellamare eingetroffen und beabsichtigt am 27. dess. Mts. wieder in See zu gehen.

* Aus **Nordwestdeutschland** schreibt man der „Vossischen Zeitung" hinsichtlich des **Flottenbauplanes,** für welchen durch ein besonderes Anleihegesetz 118 Millionen, zu verbauen in fünf Jahren, zur Verfügung gestellt werden sollen:

In Marinekreisen, wo man sonst mit dem Plane natürlich gänzlich einverstanden ist, fragt man sich mit nicht geringem Staunen, woher die Ingenieure kommen sollen, um die einzelnen Bauplänne auszuarbeiten, den Bau selbst gründlich vorzubereiten und zu beaufsichtigen. Das Ingenieurcorps der Marine bietet dazu nicht die erforderlichen Kräfte, vielmehr ist dieses selbst am unglücklichsten über seine Schwäche. 1875 wurden 66 etatsmäßige Ingenieurstellen für nothwendig gehalten; in den verflossenen Jahren hat der Umfang ihrer Wirksamkeit sehr erheblich zugenommen, was sofort einleuchtet, wenn man nur das Torpedowesen berücksichtigt, an welches damals noch kaum gedacht wurde. Während sich die Anspräche an das Ingenieurcorps gesteigert haben, ist sein Personalbestand nicht allein nicht vergrößert, sondern durch Nichtbesetzung von 14 Stellen so geschwächt, daß es den Anforderungen der ungeheuren Neubauten nicht gewachsen sein dürfte. Man zweifelte schon, ob die technisch durchgebildeten und bewährten Arbeitskräfte aufzufinden wären, wenn 100 Millionen (wie man sicher glaubte) in zehn Jahren verbaut werden sollten. Jetzt sind 118 Millionen (außer dem gewöhnlichen Extraordinarium) in fünf Jahren zu verbauen; die Leistung ist also mehr als doppelt so groß. Und es kommt dabei Alles auf die Fähigkeiten der Techniker an, denn wenn das Modell des Schiffes verfehlt ist oder sein Bau nur an irgend welchen Puncten Mängel erkennen läßt, so ist der beste Admiral, die tapferste Mannschaft verloren. Mit unzulänglichen Fahrzeugen läßt sich keine Schlacht gewinnen. Dann wäre es besser, das Geld gar nicht auszugeben. In Kiel liegt augenblicklich eine neuerdings umgebaute Corvette, welche niemals hinlängliche Seetüchtigkeit gehabt hat. In Kiel und Wilhelmshaven ist es kein Geheimniß, daß zwischen der Marineverwaltung und den Ingenieuren eine gewisse Spannung herrscht, wobei die Officiere auf der Seite der Ingenieure stehen. Daran mag zum Theil ein Etiquetten- und Rangstreit schuld sein. Die Ingenieure wollen gern mit dem Officiercorps verschmolzen werden; und letzteres ist dem nicht abgeneigt aus dem einleuchtenden Grunde, weil sich dann eine bessere Collegialität, eine bessere Verständigung zwischen beiden